

MONATSBERICHTE DES  
ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES  
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
**Beilage Nr. 23**

---

XXVI. Jahrgang, Nr. 11

November 1953

---

**Wirtschaftliche Aspekte  
der österreichischen  
Bevölkerungsentwicklung**

---

WIEN 1953

IM SELBSTVERLAGE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, WIEN, I., WIPPLINGERSTRASSE 34

# Wirtschaftliche Aspekte der österreichischen Bevölkerungsentwicklung

## Gliederung

	Seite
Bevölkerungsgröße und Lebensbedingungen .....	4
Anteil und Struktur der Berufstätigen .....	4
Anteil der Berufstätigen .....	4
Bedeutung der Frauen im Berufsleben .....	6
Änderungen in der Altersstruktur .....	9
Wirtschaftliche Folgen der veränderten Altersstruktur	10
Probleme einer stationären Bevölkerung .....	13

---

## Wirtschaftliche Aspekte der österreichischen Bevölkerungsentwicklung

*Die vorliegende Untersuchung befaßt sich mit den Folgen der statistisch absehbaren Bevölkerungsentwicklung für Wirtschaft und Wohlstand.*

*Die Bevölkerungsdynamik des 19. Jahrhunderts hat ihre Kraft verloren. Die Folgen zweier Weltkriege, der Rückgang der Geburten und die durchschnittlich längere Lebensdauer haben den Aufbau der österreichischen Bevölkerung grundlegend geändert. In den nächsten 30 Jahren wird sich die Bevölkerungsgröße voraussichtlich nur wenig, die Struktur der Bevölkerung dagegen weiter stark verschoben. Vor allem wird es weniger Kinder und mehr alte Leute geben.*

*Die erwerbstätige Bevölkerung wird daher infolge der fortschreitenden Überalterung eine fühlbare Mehrbelastung auf sich nehmen müssen. Wenn das System der Altersversicherung und der Kinderbeihilfen auch auf Selbständige ausgedehnt, die geplante Volkspension verwirklicht und schließlich auch die heute vielfach als unzureichend empfundenen Renten erhöht würden, erwachsen dem Staate zusätzliche Belastungen, die er nur bei stetig steigendem Sozialprodukt, d. h. bei dauernd hoher Beschäftigung und wachsender Produktivität erfüllen könnte. Die Überalterung mindert auch die Beweglichkeit der Arbeitskräfte. Verkleinern sich die Familien, so verschieben sich fühlbar auch die Verbrauchsgewohnheiten. Im großen und ganzen kann jedoch angenommen werden, daß sich die vielfach gehegten schlimmsten Befürchtungen, zumindest in den nächsten Dezennien, voraussichtlich als übertrieben erweisen werden. Da sich in längeren Zeiträumen Geburtenfreudigkeit, Berufsbereitschaft, Produktionsbedingungen und andere für die Beurteilung wichtige Faktoren grundlegend ändern können, hat es wenig Sinn, auf noch weitere Sicht Voraussagen zu machen. Wohl wird die Zahl der Bevölkerung nach dem Jahre 1960 zurückgehen, aber wahrscheinlich auch im Jahre 1980 noch immer größer sein als im Jahre 1934. Trotz zunehmender Vergreisung wird der Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung bis 1980 stabil bleiben.*

*Allerdings wirft eine Periode des Übergangs von einer wachsenden zu einer stationären und später sinkenden Bevölkerung besondere Probleme auf und es ergeben sich nicht nur Möglichkeiten, den Lebensstandard zu heben, sondern auch verschiedene Gefahren.*

*Es ist die Aufgabe einer aktiven und konstruktiven Wirtschaftspolitik, diesen Gefahren rechtzeitig zu begegnen. Es darf da nicht nur an die realen Faktoren gedacht werden: an die Schaffung und Sicherung ausreichender Arbeitsplätze und an reelle Entfaltungsmöglichkeiten für die strebsame Jugend sowie an die Steigerung der Produktivität und an eine stetige Hebung des materiellen Lebensstandards. Nicht weniger bedeutsam ist der psychologische Faktor: die wohlbedachte Pflege eines seelisch-geistigen Klimas, in dem Kinder nicht so sehr als Last, sondern als ein Geschenk und als Erfüllung des Lebens empfunden werden.*

Der Wohlstand eines Volkes hängt von zahlreichen Faktoren ab: vom Umfang der Produktionskräfte, von Struktur und Organisationsformen der Wirtschaft, von Konjunktur und Krise, von Krieg und Frieden und anderem. Vom demographischen Gesichtspunkt lassen sich drei große Problemkreise unterscheiden:

a) Die absolute Größe der Bevölkerung im Verhältnis zu Kapital, Boden- und Naturschätzen, zum Stand der Technik und Technologie, zu den internationalen Austauschmöglichkeiten usw.;

b) der Anteil der berufstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung und die Struktur dieser berufstätigen Schicht;

c) die Entwicklungstendenz der Bevölkerung und ihre wirtschaftlichen Probleme.

### Bevölkerungsgröße und Lebensbedingungen

Der erste Fragenkomplex läßt sich theoretisch einfach in ein übersichtliches Konzept einbauen. Gewährleistet die Bevölkerungszahl im Verhältnis zu den verfügbaren Produktivkräften [im weitesten Sinne dieses Wortes<sup>1)</sup>] den höchsten Lebensstandard pro Kopf, so kann man von „optimaler Bevölkerung“ sprechen. Wird diese Zahl überschritten, liegt Übervölkerung vor, wird sie unterschritten, ist das betreffende Land untervölkert. In der Praxis ist es jedoch sehr schwierig festzustellen, wann dieses „Optimum“ erreicht ist, da sich die „verfügbaren Produktivkräfte“ aus einer Vielfalt von Komponenten zusammensetzen und keine konstante Größe darstellen. Die Geschichte Europas im 19. Jahrhundert zeigt deutlich, daß sich das „Optimum“ in Zeiten rascher Fortschritte häufig ändert. Nur in Extremfällen läßt sich eine Über- bzw. Untervölkerung einwandfrei konstatieren.

In Österreich liegen die Dinge gegenwärtig und wohl auch in den nächsten Jahrzehnten weder nach

der einen noch nach der anderen Seite hin eindeutig klar. Selbst langwierige Untersuchungen und Berechnungen würden zu keinem schlüssigen Ergebnis führen. Es mag daher gerechtfertigt sein, auf diese Zusammenhänge nicht weiter einzugehen.

Dagegen soll der zweite Punkt, der Anteil der berufstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung und die Struktur dieser berufstätigen Schicht eingehender besprochen werden. Es werden hier aktuelle und statistisch verhältnismäßig leicht erfaßbare Probleme aufgeworfen.

### Anteil und Struktur der Berufstätigen

#### Anteil der Berufstätigen

Der Anteil der berufstätigen Schicht<sup>2)</sup> an der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote) bestimmt maßgeblich den potentiellen Reichtum und Wohlstand eines Volkes. Je mehr „unproduktive“ Jahrgänge und Schichten „mitgeschleppt“ werden, desto schwieriger ist ein befriedigender Lebensstandard zu erreichen. Ein hoher Anteil der berufstätigen Schicht wird aber nur dann zu hoher Produktion führen, wenn es gelingt, die Berufstätigen möglichst vollzählig und produktiv in den Produktionsprozeß einzuschalten.

Änderungen in der Erwerbsquote gehen auf demographische oder auf soziale Ursachen zurück. Demographische Ursachen liegen vor, wenn sich die Altersstruktur der Bevölkerung verschiebt, soziale Ursachen, wenn sich die Bedürfnisse der Bevölkerung ändern. So sinkt erfahrungsgemäß die Erwerbsquote mit wachsendem Wohlstand, da mehr junge Leute höhere Schulen besuchen, mehr Frauen sich ihrem Haushalt widmen und alte Leute früher aus dem Berufsleben ausscheiden, um ihren Lebensabend zu genießen.

In Österreich ist die Erwerbsquote seit dem Jahre 1910 zurückgegangen. Sie betrug damals 52,2% (das heißt 52,2% der Bevölkerung gehörten zu den Berufstätigen), im Jahre 1934 50,2% und im Jahre 1951 48,3%. Nur im Jahre 1923 war sie vorübergehend höher, doch herrschte damals Inflation. Überdies wurde die Volkszählung 1923 nur unvollständig aufgearbeitet. Bei der Behandlung der weiteren Fragen wurde daher auf die Zählung von 1923 verzichtet.

Der Rückgang des Anteils der Berufstätigen von 1910 bis 1934 und von 1934 bis 1951 hat verschiedene Ursachen. Der Rückgang nach 1910 beruht auf einer

#### Übersicht 1

#### Österreichs Gesamtbevölkerung 1869 bis 1980

Jahr	1.000 Personen	Jahr	1.000 Personen
1869	4.498'7	1923	6.534'7
1880	4.961'8	1934	6.760'2
1890	5.416'3	1951	6.933'9
1900	6.002'7	1960	6.979'3
1910	6.646'0	1970	6.933'7
1920	6.426'3	1980	6.771'7

Anmerkungen: Bis 1923 anwesende Bevölkerung, ab 1934 Wohnbevölkerung. Ab 1960 Vorausberechnungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes unter folgenden Annahmen: Fruchtbarkeit und Sterblichkeit verbleiben auf dem Niveau von 1951, kein Einfluß der Wanderungsbilanz.

Die Berechnungen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg sind auf das heutige Staatsgebiet bezogen.

<sup>1)</sup> Einschließlich Qualifikation der Arbeitskräfte, Organisation der Binnen- und Außenwirtschaft usw.

<sup>2)</sup> Alle Personen, die für das Berufsleben zur Verfügung stehen: Selbständige, mithelfende Familienmitglieder und Unselbständige. Unter diesen werden Beschäftigte und Arbeitslose berücksichtigt. Hausfrauen werden den Berufstätigen nicht zugerechnet.

## Übersicht 2

Berufstätige<sup>1)</sup>

Jahr	1.000 Personen	in Prozent		
		der Gesamt- bevölkerung	der 14- bis 64jährigen	der 18- bis 64jährigen
1910.....	3.468'2	52'2	79'0	89'2
1923.....	3.602'6	55'1		
1934.....	3.389'9	50'2	71'8	76'9
1951.....	3.347'1	48'3	71'3	76'8

<sup>1)</sup> Beschäftigte und Arbeitslose.

„echten“ Verminderung des Arbeitskräfteangebotes, d. h. es stellten sich weniger arbeitsfähige Menschen für eine Berufstätigkeit zur Verfügung. Mehr Jugendliche besuchten Berufs-, Mittel- und Hochschulen als vor dem 1. Weltkrieg, mehr alte Leute konnten sich dank ihren Pensions- oder Rentenansprüchen aus dem Berufsleben zurückziehen und insbesondere waren weniger Frauen berufstätig. Während der Anteil der männlichen Berufstätigen an der gesamten männlichen Bevölkerung nur von 65'1% im Jahre 1910 auf 64'8% im Jahre 1934 zurückging, sank der analoge Prozentsatz der Frauen von 40'6% auf 36'7%. Die Abnahme der berufstätigen Frauen — auf die Bedeutung der Frau im Arbeitskräfteangebot wird weiter unten noch eingegangen werden — war ausschließlich auf den Rückgang der Landwirtschaft, in welcher die Frauen insbesondere als mithelfende Familienmitglieder stark vertreten sind, und des Hausgehilfenberufes zurückzuführen.

## Übersicht 3

Berufstätige nach dem Geschlecht,  
1910, 1934 und 1951

(Ohne Burgenland)

Jahr	Männer		Frauen	
	1.000 Personen	in % der männlichen Bevölkerung	1.000 Personen	in % der weiblichen Bevölkerung
1910.....	2.044'7	65'1	1.304'3	40'6
1934.....	2.006'5	64'8	1.234'4	36'7
1951.....	1.959'9	63'5	1.236'7	34'6

Man kann folglich den Rückgang der Erwerbsquote nach 1910 vor allem aus sozialen Fortschritten und einer Änderung der Wirtschaftsstruktur (Wachstum von Industrie und Handel), die mit steigender Produktion und Produktivität regelmäßig eintritt, erklären.

Von 1934 bis 1951 hingegen sank die Erwerbsquote (von 50'2% auf 48'3%) ausschließlich infolge der „Verschlechterung“ der Altersstruktur. Die natürliche Bevölkerungsbewegung sowie die Todesfälle und Geburtenausfälle zweier Weltkriege hatten den Anteil der älteren Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung erhöht. Schaltet man den „Alterseffekt“ aus, indem man die Zahl der Berufstätigen nicht auf die Gesamtbevölkerung, sondern auf die normalerweise erwerbs-

fähige Bevölkerung von 14 bis 64 Jahren (bzw. 18 bis 64) bezieht (siehe Übersicht 2 und 4), so sank die Erwerbsquote von 79% (82'2%) im Jahre 1910 auf 71'8% (76'9%) im Jahre 1934. Sie ist seither, bis 1951, nur geringfügig auf 71'3% (bzw. 76'8%) zurückgegangen<sup>1)</sup>.

Der Erwerbseinsatz der Männer war im Jahre 1951 sogar höher als im Jahre 1934. Der entsprechende Anteil der Frauen ging allerdings zurück, so daß insgesamt der Prozentsatz ziemlich unverändert blieb.

## Übersicht 4

## Berufstätige nach dem Geschlecht, 1934 und 1951

Jahr	Männer		Frauen	
	1.000 Personen	in % der 14-64jähr. Männer	1.000 Personen	in % der 14-64jähr. Frauen
1934.....	2.100'6	93'4	1.289'2	52'2
1951.....	2.047'9	95'4	1.299'3	50'9

Die Senkung der auf die Gesamtbevölkerung bezogenen Erwerbsquote entspringt daher zwischen 1934 und 1951 rein demographischen und nicht, wie nach 1910, sozialen Ursachen. Die demographischen Veränderungen haben somit die Basis für den materiellen Wohlstand etwas verschlechtert. Da es jedoch im Jahre 1951 gelang, nahezu alle Berufstätigen in den Produktionsprozeß einzugliedern, während im Jahre 1934 nur etwas mehr als vier Fünftel aller Berufstätigen beschäftigt waren<sup>2)</sup>, war der Anteil der *effektiv eingesetzten* Berufstätigen im Jahre 1951 bedeutend größer als im Jahre 1934; er betrug 47'2% der Bevölkerung, gegen nur 41'4% im Jahre 1934<sup>3)</sup>. Dank besserem Einsatz der Arbeitskräfte und wahrscheinlich auch einer Steigerung der Produktivität pro Beschäftigten konnte daher im Jahre 1951 ein weit höheres Sozialprodukt erzielt werden als im Jahre 1934.

Wird die Erwerbsquote in naher Zukunft weiter zurückgehen? Diese Frage ist schwierig zu beantwor-

<sup>1)</sup> Das heißt natürlich nicht, daß 71'3% aller 14- bis 64jährigen berufstätig waren, da ja auch ein Teil der über 65jährigen unter den Berufstätigen figuriert. Wahrscheinlich waren es vor allem die besseren Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Leute im Jahre 1951, die sie länger im Berufsleben hielten, so daß sie nicht als Rentner, sondern als Berufstätige aufscheinen. Dieser Umstand trug bei den Männern sogar zur Steigerung des im Text erwähnten Prozentsatzes gegenüber 1934 bei. Dies zeigt übrigens, daß die Exportquote auch durch die Konjunkturlage beeinflußt wird.

<sup>2)</sup> Gemessen an den unselbständig Berufstätigen war der Prozentsatz der Beschäftigten wesentlich geringer.

<sup>3)</sup> Die Volkszählung wurde allerdings im März 1934 vorgenommen, also in einem saisonmäßig ungünstigeren Zeitpunkt als im Jahre 1951 (Juni). Aber selbst wenn man die Beschäftigungszunahme zwischen März und Juni 1934 berücksichtigt, erhöht sich der Anteil der beschäftigten Berufstätigen nur auf 42'2%.

## Übersicht 5

*Beschäftigte Berufstätige*

Jahr	1.000 Personen	in Prozent	
		der Berufs- tätigen	der Bevölke- rung
1934....	2.796'7	82'5	41'4
1951....	3.269'8	97'7	47'2

ten. Schon die weitere Entwicklung der Gesamtbevölkerung und ihrer Altersstruktur ist schwer abzuschätzen. Noch schwieriger ist aber die Höhe des Arbeitsangebotes der arbeitsfähigen Bevölkerung zu bestimmen, da es kurzfristig viel stärkeren Schwankungen unterworfen sein kann als Größe und Aufbau der Gesamtbevölkerung in normalen Zeiten. Vielleicht ist es aber mit Hilfe einiger plausibler Annahmen doch möglich, wenigstens eine größenmäßige Vorstellung der voraussichtlichen Tendenzen zu gewinnen.

Das Österreichische Statistische Zentralamt hat unter der Annahme gleichbleibender Fruchtbarkeit und Sterblichkeit (auf dem Stande des Jahres 1951) die Bevölkerung und ihre Altersgliederung bis zum Jahre 1980 vorausberechnet<sup>1)</sup>. Unter der Voraussetzung, daß in diesen Jahren der Anteil der Beschäftigten und der Arbeitslosigkeit bei Männern und Frauen in den wichtigsten Altersgruppierungen gleich groß sein wird wie im Jahre 1951, läßt sich für diesen Zeitraum auch die Erwerbsquote berechnen.

## Übersicht 6

*Anteil der beschäftigten Berufstätigen in einzelnen Altersklassen im Jahre 1951*

Altersgruppe	Männer	in %	Frauen
	14 bis unter 18.....		72'3
18 bis unter 65.....	90'4	45'4	
65 und darüber.....	31'0	13'3	

## Übersicht 7

*Vorausberechnung der Berufstätigen*

Jahr	Männer	Frauen	Insgesamt	in % der Bevölkerung
	1.000 Personen		1.000 Personen	
1960.....	2.137'6	1.288'6	3.426'2	49'1
1970.....	2.139'3	1.243'8	3.374'1	48'7
1980.....	2.130'9	1.181'1	3.312'0	48'9

<sup>1)</sup> Auf Grund der Bevölkerungsberechnung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, der Übersicht 6 und eines Zuschlages für Arbeitslosigkeit (2'3% der beschäftigten Berufstätigen bei den Männern, 2'5% bei den Frauen).

Die Erwerbsquote wird unter diesen Annahmen keineswegs weiter fallen, sondern sogar etwas steigen, u. zw. auf 49'1% im Jahre 1960 und 48'9% im Jahre 1980 (1951 48'3%). Diese relativ günstige Entwicklung der Erwerbsquote ist den nachrückenden männlichen Jahrgängen zu verdanken, welche die Lücken ausfüllen werden, die zwei Weltkriege in der

gegenwärtigen arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung hinterlassen haben. Obwohl die Gesamtbevölkerung nach 1960 abnehmen und im Jahre 1980 schon kleiner sein wird als heute, wird die Zahl der berufstätigen Männer noch bis 1970 steigen und auch im Jahre 1980 noch um mehr als 80.000 über dem Stand von 1951 liegen. Bei den berufstätigen Frauen hingegen wird sich die niedrige Geburtenzahl der letzten Jahrzehnte und die Überalterung gleich auswirken. Ihre Zahl wird daher schon ab 1960 kleiner sein als 1951 und in den kommenden Jahren weiter abnehmen. Da sich die beiden auseinanderstrebenden Tendenzen aufheben, bleibt die Quote der Berufstätigen in den Jahren 1960 bis 1980 auf einem Stand von 49%.

In Wirklichkeit wird dieser Anteil wahrscheinlich etwas niedriger sein. Sobald die Lücke in den Jahrgängen der erwachsenen Männer aufgefüllt sein wird und die Heiratschancen der Frauen wieder steigen<sup>2)</sup>, wird auch der Anteil der Hausfrauen zunehmen. Auch die obligatorische Einführung des neunten Schuljahres würde den Anteil der Berufstätigen verkleinern.

Jedenfalls aber sind in den kommenden drei Jahrzehnten, wenn die Entwicklung friedlich verläuft, aus dem Verhältnis der Zahl der Berufsträger zur Gesamtbevölkerung keine Probleme für Produktion und Wohlstand zu erwarten. Volle Nutzung der Arbeitskräfte und Steigerung ihrer Produktivität werden viel mehr im Vordergrund stehen als die Frage der Erwerbsquote.

Erst in späteren Jahren, wenn auch bei den Männern die Zahl der Berufstätigen zurückgeht und die Überalterung stärker in Erscheinung tritt, würde die Erwerbsquote zurückgehen und vielleicht ernstere Probleme aufwerfen. Doch scheinen Voxhersagen auf so lange Sicht wenig Sinn zu haben, da sich in der Zwischenzeit Geburtenfreudigkeit, Berufsbereitschaft, Produktionsbedingungen usw. so grundlegend verändert haben können, daß selbst die plausibelsten Berechnungen über den Haufen geworfen würden.

**Bedeutung der Frau im Berufsleben**

Verschiedene Momente haben in den letzten 50 Jahren die Berufstätigkeit der Frau gefördert. Die fortschreitende Emanzipation der Frau ließ die gesetzlichen und gesellschaftlichen Schranken, welche die Frauen früher in ihrer Berufswahl behinderten, mehr und mehr wegfallen; sie schuf auch die psychologischen Voraussetzungen zur Erlernung eines Berufes. Die Zunahme der kinderlosen Ehen und der

<sup>2)</sup> Im Jahre 1951 entfielen auf 100 18- bis 64jährige Männer 121 Frauen der gleichen Altersstufen; im Jahre 1980 würden es nur mehr 105 Frauen sein.

<sup>1)</sup> Siehe „Statistische Nachrichten“, Mai 1953, S. 175 ff. Siehe auch oben, Übersicht 1.

Ehen mit nur einem Kinde<sup>1)</sup> hat die Berufstätigkeit der verheirateten Frauen ebenso erleichtert wie die modernen sozialen Einrichtungen (Kindergärten, Horte usw.). Auf der anderen Seite ist der Eintritt der Frau in das Berufsleben weniger notwendig, da mit dem Kleinerwerden der Familie auch die Lebenshaltung billiger wird<sup>2)</sup>. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Wertvernichtungen des zweiten Weltkrieges und die hohen Kosten der Gründung und Ausgestaltung eines Haushaltes in der Nachkriegszeit viele jungverheiratete Frauen veranlaßte, durch eigene Berufstätigkeit das Familieneinkommen zu vergrößern.

Aus all diesen Gründen möchte man erwarten, daß die Bedeutung der Frau im Berufsleben gewachsen sei. Auch die Änderung der Bevölkerungsstruktur mußte sich in gleicher Richtung auswirken. Infolge der Dezimierung der männlichen Bevölkerung in den beiden Weltkriegen besteht gegenwärtig ein großer Frauenüberschuß. Dennoch blieb der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung von 1910 bis 1951 ziemlich stabil auf 38 bis 39%; die absolute Zahl der berufstätigen Frauen (Beschäftigte, mithelfende Familienmitglieder, Arbeitslose) ging zwischen 1910 und 1934 ziemlich stark zurück und nahm zwischen 1934 und 1951 nur unbedeutend zu. Die Erwerbsquote der Frauen ist von 41% im Jahre 1910 und 37% im Jahre 1934 auf 35% im Jahre 1951 gesunken (siehe Übersicht 3 und 4). Diese Entwicklung läßt sich vor allem durch die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur erklären. Wohl war der Anteil der Frauen an der Zahl der Berufsträger im Jahre 1951 in Industrie und Gewerbe praktisch gleich hoch, in allen anderen wirtschaftlichen Hauptgruppen sogar größer als in den Jahren 1910 und 1934.

Gleichzeitig hat jedoch die Bedeutung der Wirtschaftszweige, in denen die Frauenarbeit vielfach vorgezogen wurde, abgenommen. Trotz des stärkeren Eindringens der Frau in die einzelnen Berufe sind daher ihre Chancen für verstärkte wirtschaftliche Betätigung nicht gewachsen.

Die Bedeutung in der Land- und Forstwirtschaft, wo infolge des Vorherrschens des Familienbetriebes die Frau am ehesten ihre wirtschaftliche Betätigung mit den häuslichen Pflichten verbinden kann, nimmt mit zunehmender Industrialisierung

<sup>1)</sup> Von den 1.819.155 Familienhaushaltungen, die am 1. Juni 1951 in Österreich gezählt wurden, waren 52,2% ohne unversorgte Kinder unter 14 Jahren und 26% mit einem Kind unter 14 Jahren. Für mehr als ein Kind unter 14 Jahren hatten daher weniger als ein Viertel aller Familienhaushaltungen zu sorgen.

<sup>2)</sup> Ebenso wirken die Kinderbeihilfen.

## Übersicht 8

*Anteil der Frauen an den Berufstätigen*

Jahr	%
1910 <sup>1)</sup> .....	38'9
1934 .....	38'0
1951 .....	38'8
1960 .....	37'6
1970 .....	36'9
1980 .....	35'7

<sup>1)</sup> Ohne Burgenland.

## Übersicht 9

*Anteil der Frauen an den Berufstätigen in den Hauptwirtschaftszweigen*

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Industrie und Gewerbe	Handel und Verkehr		Freie Berufe und öffentlicher Dienst
			%		
1910 <sup>1)</sup> .....	48'1	26'3	22'5	20'5	20'5
1934 .....	46'5	26'4	25'1	33'4	33'4
1951 .....	52'5	26'0	29'5	45'5	45'5

<sup>1)</sup> Ohne Burgenland.

absolut und relativ ab. Im Jahre 1910 entfielen 40% der Berufstätigen auf diesen Wirtschaftszweig, in den Jahren 1934 und 1951 waren es aber nur noch 37% und 33%. Auch die häuslichen Dienste — fast ausschließlich ein Frauenberuf — haben rasch an Bedeutung verloren. Auf diese Gruppe entfielen in den drei Volkszählungsjahren je 7%, 5% und schließlich 2% der Berufstätigen<sup>3)</sup>. Hingegen wuchs die volkswirtschaftliche Bedeutung von Industrie, Handel, öffentlichem Dienst und freien Berufen. Wohl sind die Frauen auch in diese Wirtschaftszweige stärker eingedrungen, sie konnten hier aber doch nicht jene überragende Rolle gewinnen, die sie in Landwirtschaft und Haushaltung gespielt hatten.

## Übersicht 10

*Die Wirtschaftsstruktur*

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Industrie und Gewerbe	Handel und Verkehr	Freie Berufe und öffentl. Dienst	Haushaltung
1910..	39'5	35'2	10'8	7'1	7'4
1934..	37'1	36'5	12'8	8'1	5'4
1951..	32'6	41'3	13'2	10'5	2'3 <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Ohne Berufstätige mit unbekannter Beschäftigung. — <sup>2)</sup> 1951 ohne Hausmeister und Portiers.

Innerhalb von Industrie und Gewerbe trat eine ähnliche Strukturverschiebung ein wie in der gesamten Volkswirtschaft. Mit Ausnahme der chemischen und der Papierindustrie hatte jeder Zweig der Industrie und des Gewerbes im Jahre 1951 einen höheren Frauenanteil als im Jahre 1934, zum Teil sogar einen beträchtlich höheren (Bergbau, Leder, Nahrungs- und

<sup>3)</sup> Der starke Rückgang im Jahre 1951 ist teilweise darauf zurückzuführen, daß Hausmeister und Portiers, die bei früheren Zählungen der Kategorie „Haushaltung“ zugerechnet wurden, 1951 als Beschäftigte der Hausverwaltungen gezählt wurden.

Genußmittel)<sup>1)</sup>. Im ganzen jedoch hat sich die Struktur der Industrie zugunsten der frauenarmen Investitionsgüterindustrien verschoben, so daß der Anteil der Frauen im gesamten industriellen und gewerblichen Sektor nicht gestiegen, sondern sogar geringfügig gefallen ist. Es ist bezeichnend, daß der Anteil jener sechs Wirtschaftszweige, in denen die Frauen relativ stark vertreten waren, von 39% im Jahre 1934 auf 31% im Jahre 1951 zurückgegangen ist, während der Anteil der neun industriell-gewerblichen Wirtschaftszweige, in denen die Frauen unterdurchschnittlich vertreten waren, von 61% auf 69% aller industriell-gewerblichen Berufstätigen stieg.

Übersicht 11

**Frauenbeschäftigung und Wirtschaftsstruktur in Industrie und Gewerbe**

Wirtschaftszweig	Anteil des Wirtschaftszweiges in Industrie u. Gewerbe in % der Berufstätigen		Anteil der Frauen an den Berufstätigen in %	
	1934	1951	1934	1951
Bergbau .....	1'9	2'8	4'1	6'4
Elektrizität, Gas, Wasser.....	1'3	1'9	5'0	8'2
Steine, Erde, Glas.....	3'1	4'2	15'5	19'1
Bauwesen.....	13'7	17'8	3'5	3'7
Eisen und Metall.....	18'2	22'8	11'4	15'5
Holzbearbeitung.....	8'1	8'3	5'9	8'2
Leder.....	1'3	1'1	15'2	22'2
Textilien.....	7'1	7'2	58'1	63'9
Bekleidung.....	15'1	9'9	51'1	54'2
Papier.....	2'6	2'4	32'3	31'6
Graphische Betriebe.....	2'1	1'6	25'1	32'4
Chemische Produktion.....	2'4	3'1	36'5	32'7
Nahrungs- und Genußmittel..	11'0	8'3	20'7	27'5
Gast- und Schankbetriebe....	8'7	6'1	51'5	62'2
Reinigungswesen.....	3'4	0'9	46'1	59'8
Körperpflege.....		1'6		50'4

Übersicht 12

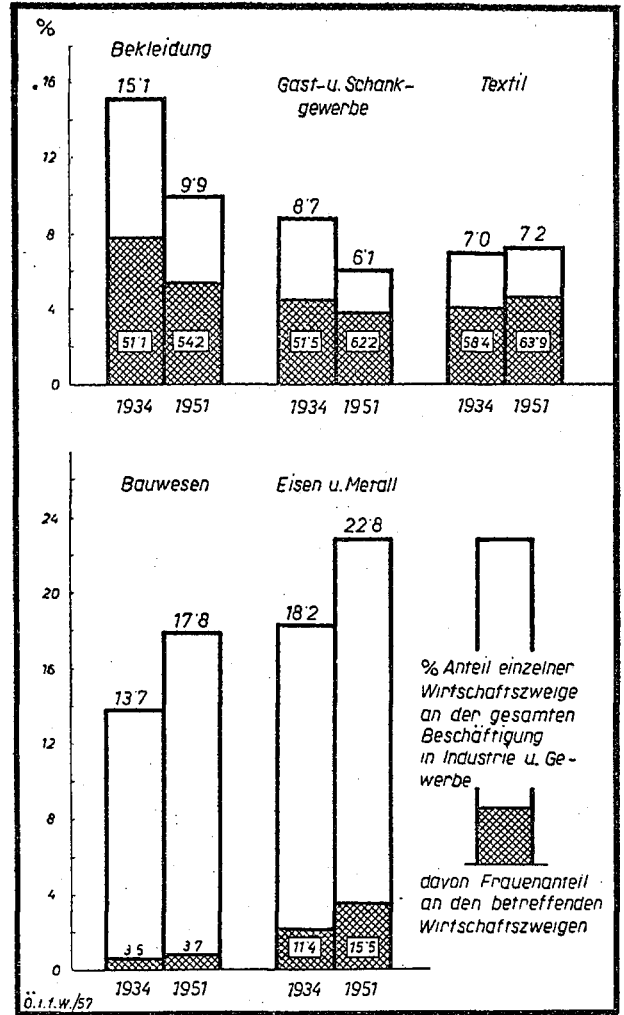
**Verschiebungen in der Industriestruktur 1934/1951**

Wirtschaftszweige mit unterdurchschnittlichem Frauenanteil			überdurchschnittlichem Frauenanteil		
Frauenanteil 1934 %	Änderung d. Anteiles des Wirtschaftszweiges 1934/1951 <sup>1)</sup>	Frauenanteil 1951 %	Frauenanteil 1934 %	Änderung d. Anteiles des Wirtschaftszweiges 1934/1951 <sup>1)</sup>	Frauenanteil 1951 %
Bauwesen.....	+ 4'1	3'5	Textilien.....	+ 0'1	58'1
Bergbau.....	+ 0'9	4'1	Gastgewerbe.....	- 2'6	51'5
Elektrizität etc. ....	+ 0'6	5'0	Bekleidung.....	- 5'2	51'1
Holzbearbeitung..	+ 0'2	5'9	Reinigung.....	- 0'9	46'1
Eisen und Metall..	+ 4'6	11'4	Chemie.....	+ 0'7	36'5
Leder.....	- 0'2	15'2	Papier.....	- 0'2	32'3
Steine, Erden etc..	+ 1'1	15'5			
Nahrungsmittel....	- 2'7	20'7			
Graphik.....	- 0'5	25'1			
9 Wirtschaftszweige	+ 8'1	11'0	6 Wirtschaftszweige	- 8'1	49'9

<sup>1)</sup> Plus ist Zunahme, Minus ist Abnahme. Die Zahlen in dieser Spalte sind keine prozentuellen Änderungen, sondern die absolute Änderung des Prozentsatzes des betreffenden Wirtschaftszweiges, wie sie sich aus den ersten beiden Spalten von Übersicht 11 ergibt.

<sup>2)</sup> Begünstigt wird dieses Anwachsen des Frauenanteils durch die Verschiebung der Beschäftigtenstruktur zugunsten der Angestellten. 1934 waren 9'3% der Berufstätigen in Industrie und Gewerbe Angestellte, 1951 11'3%.

**Frauenbeschäftigung und Strukturverschiebungen in den wichtigsten Industrie- und Gewerbebezügen in den Jahren 1934 und 1951**



Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Berufstätigen in Industrie und Gewerbe war im Jahre 1951 annähernd ebenso hoch wie im Jahre 1934. Die relativ gleichbleibende Frauenbeschäftigung ist das Ergebnis zweier einander entgegengerichteter Tendenzen. In fast allen Zweigen der gewerblichen Wirtschaft — mit Ausnahme der chemischen und der Papierindustrie — war im Jahre 1951 ein größerer Prozentsatz der berufstätigen Frauen. Gleichzeitig aber hat sich die Wirtschaftsstruktur zugunsten von Zweigen verschoben, die relativ wenig Frauen beschäftigen (z. B. Baugewerbe, Eisen- und Metallherzeugung), während Zweige mit hohem Frauenanteil (z. B. Bekleidungsindustrie, Gastgewerbe) an Bedeutung verloren haben.

Obwohl also säkulare Tendenzen ein Vordringen der Frauenarbeit begünstigten, waren die den Anteil der Frauenarbeit verringernenden, strukturellen Veränderungen in der Gesamtwirtschaft und innerhalb des industriellen Sektors stärker. Daß die Tendenzen aber doch wirksam waren, ergibt sich aus folgender Überlegung: Wäre der Anteil der Frauen im Jahre 1951 in den einzelnen Industrie- und Gewerbebezügen sowie in den anderen Hauptwirtschaftsgruppen



(Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr, freie Berufe und öffentlicher Dienst und Haushaltung) gleich hoch gewesen wie im Jahre 1934, dann hätte es im Jahre 1951 infolge der strukturellen Änderungen nur 1,120.000<sup>1)</sup> berufstätige Frauen gegeben. Tatsächlich betrug ihre Zahl jedoch 1,299.300. Die Differenz von 180.000 gibt eine ungefähre Vorstellung vom Vordringen der Frauen in neue Wirtschaftszweige.

In Zukunft ist wohl nicht mehr mit allzugroßen strukturellen Verschiebungen im Sinne einer Einschränkung der Frauenarbeit zu rechnen. Der voraussichtlich weitere Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft, der vor allem auch die Frauenarbeit in Mitleidenschaft zieht, dürfte durch eine Zunahme der Frauenbeschäftigung in den Dienstleistungsindustrien und -gewerben, in denen die Frauen eine wichtige Rolle spielen, zumindest aufgewogen werden. Innerhalb der Industrie dürfte der Zug zu den Schwer- und Investitionsgüterindustrien, die im allgemeinen für Frauen weniger geeignet sind, vorläufig mehr oder weniger abgeschlossen sein.

#### Änderungen in der Altersstruktur

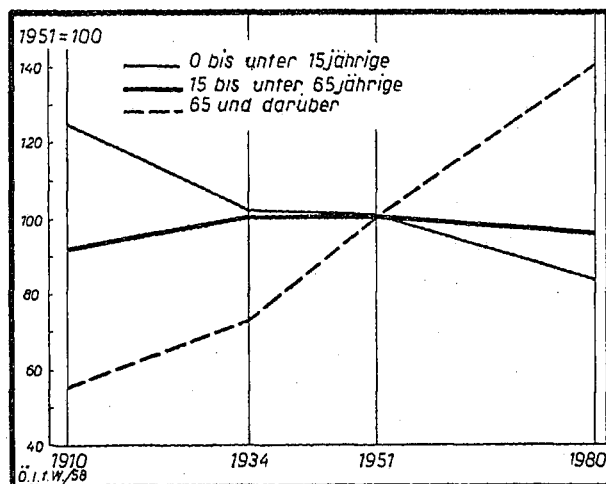
Die beiden großen langfristigen demographischen Tendenzen der letzten 70 Jahre — das Steigen des durchschnittlichen Sterbealters und der Rückgang der Geburten — heben sich gegenwärtig in ihrer Wirkung auf die Bevölkerungsgröße mehr oder weniger auf. Nur Kriege und Wanderungsbewegungen beeinflussen sie etwas stärker. Eine lebhaft dynamische Gesamtbewölkerungszahl, wie sie für das 19. Jahrhundert charakteristisch war und bei Anhalten der gegenwärtigen Tendenzen in einigen Jahrzehnten (in entgegengesetzter Richtung) wieder aktuell werden könnte, ist vorläufig nicht zu verspüren.

Die Altersstruktur hingegen hat sich stark verändert. Die Zahl der Kinder hat abgenommen, Männer im Vollbesitz ihrer Kräfte sind in den beiden großen Kriegen zugrunde gegangen oder ausgewandert, das durchschnittliche Sterbealter ist gestiegen. Alle diese Faktoren haben zur sogenannten „Vergreisung“ der Bevölkerung geführt. Im Jahre 1910 waren nur 6% der Bevölkerung über 65 Jahre, im Jahre 1934 waren es schon 8%, im Jahre 1951 11% und im Jahre 1980 werden es — wenn die jetzigen demographischen Verhältnisse anhalten — 15% sein<sup>2)</sup>. Dem-

<sup>1)</sup> Die berufstätigen Frauen unbekannter Wirtschaftszugehörigkeit im Jahre 1951 (14.179) wurden in diese Zahl einbezogen.

<sup>2)</sup> Da ein weiterer Rückgang der Sterblichkeit wahrscheinlich ist, kann mit einem noch höheren Prozentsatz gerechnet werden.

Entwicklung der wichtigsten Altersgruppen  
(Normaler Maßstab; 1951 = 100)



Der Geburtenrückgang wirkt sich zunächst nur wenig auf die Gesamtbevölkerung aus, da gleichzeitig die Sterbefälle zurückgehen. Besonders stark verschiebt sich dagegen die Altersstruktur. Die Zahl der über 65jährigen war 1951 um 84% größer als 1910 und wird bis 1980 um weitere 40% steigen. Demgegenüber nimmt die Zahl der Kinder ständig ab. Die Zahl der im arbeitsfähigen Alter stehenden Bevölkerung (15- bis 65jährige) bleibt verhältnismäßig stabil; sie hat in den letzten Jahrzehnten mäßig zugenommen, wird noch für kurze Zeit weiter steigen und dann allmählich abnehmen.

gegenüber ist der Prozentsatz der Kinder (bis 14 Jahre) ständig gesunken: von 30% im Jahre 1910 auf 24% im Jahre 1934, 23% im Jahre 1951 und 20% im Jahre 1980.

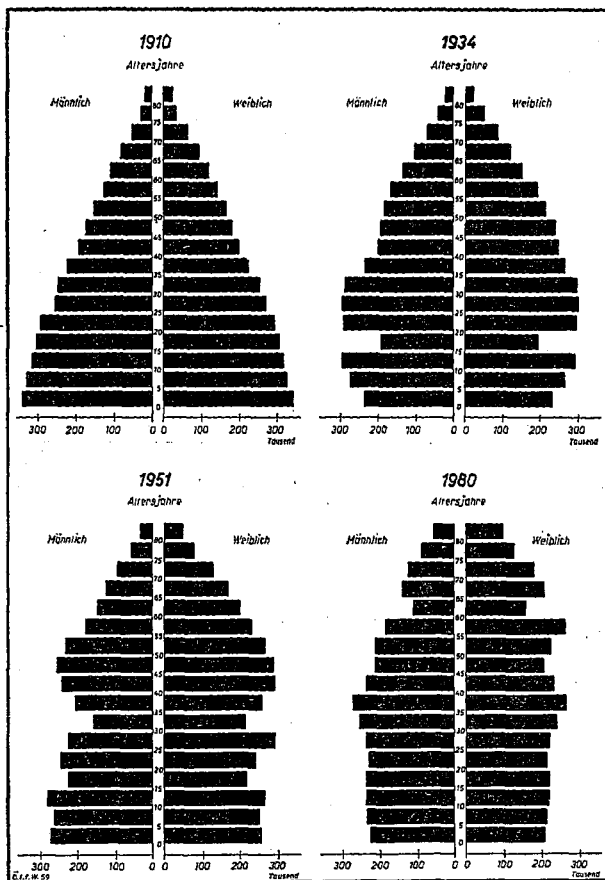
Übersicht 13

#### Altersaufbau der Bevölkerung

Jahr	Altersgruppe				
	0 bis unter 15	15 bis unter 19	19 bis unter 45 Prozent	45 bis unter 65	65 und darüber
1910....	29'9	7'4	39'1	17'5	6'0
1934....	23'7	4'1	42'1	22'1	7'9
1951....	22'9	5'0	35'6	25'9	10'6
1980....	19'7	5'4	36'7	23'1	15'1

Die Bevölkerungspyramide verschob sich im wesentlichen innerhalb der wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung von den Kindern zu den alten Leuten. Der Anteil der schaffensfähigen Bevölkerung — von 15 bis 65 oder von 19 bis 65 Jahren — hat sich dagegen nur wenig geändert und ist gegenwärtig größer als vor dem ersten Weltkrieg, als die Kinderzahl bedeutend höher war. Die Erwerbsquote blieb — wie bereits näher ausgeführt wurde (Seite 4 f.) — ziemlich stabil und dürfte auch für längere Zeit stabil bleiben.

## Der Altersaufbau der österreichischen Bevölkerung (Normaler Maßstab; in 1.000 Personen)



Im Jahre 1910 hatte der Altersaufbau der österreichischen Bevölkerung die pyramidenförmige Gestalt, die für eine wachsende Bevölkerung charakteristisch ist. Seither hat die niedrige Geburtenrate die Basis der Pyramide geschmälert. Außerdem haben die Weltkriege tiefe Spuren in der Bevölkerungsstruktur hinterlassen, die bis zum Jahre 1980 noch in den höheren Jahrgängen sichtbar sein werden. Im übrigen wird der Altersaufbau im Jahre 1980 wieder eine regelmäßige Form haben, nur daß — falls die Fruchtbarkeit auf ihrem gegenwärtigen Niveau verharrt — die Bevölkerungspyramide eine zylinderförmige Gestalt angenommen haben wird.

### Wirtschaftliche Folgen der veränderten Altersstruktur

Könnte man die ganze Nation als eine Gemeinschaft betrachten, wie etwa eine Familie, so ergäben sich aus dieser Verschiebung von der Jugend zum Alter keine besonderen Schwierigkeiten. Auf jeden arbeitsfähigen Menschen entfielen ungefähr gleichviel Personen wie bisher, die zu erhalten wären. Nur gäbe es jetzt weniger Kinder und dafür mehr alte Leute. Die heutige Gesellschaft jedoch legt im allgemeinen der Familie nur die Pflicht auf, für die Pflege und Erziehung der Kinder weitgehend aufzukommen, während die Sorge um die alten Leute immer mehr in den Bereich der Sozialpolitik ver-

wiesen und als Aufgabe des Staates oder der öffentlich-rechtlichen Körperschaften angesehen wird. Die Erhaltung der alten Leute muß heute durch Abgaben und Steuern gesichert werden. Die Sozialausgaben des Staates haben daher in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen und werden in Zukunft weiter steigen.

Die finanzielle Mehrbelastung, die den öffentlichen Körperschaften aus der Überalterung der Bevölkerung in Zukunft erwachsen wird, läßt sich durch folgende überschlägige Berechnung verdeutlichen:

Gegenwärtig gibt es in Österreich rund 865.000 Pensionisten und Rentner aus der Angestellten-, Invaliden- und knappschaftlichen Rentenversicherung, für deren Unterhalt der Staat und die öffentlichen Sozialversicherungsträger rund 7,3 Mrd. S pro Jahr ausgeben. Nimmt man an, daß die Zahl der Rentner und Pensionisten bis zum Jahre 1980 in gleichem Maße steigen wird wie die Zahl der Bevölkerung über 65 Jahre, nämlich um 40%, so würde allein infolge der Vergreisung der Bevölkerung der Aufwand für Pensionen und Renten um 2,9 Mrd. S auf 10,2 Mrd. S steigen<sup>1)</sup>.

Andererseits wird die Entwicklung der Bevölkerung auch gewisse Einsparungen in den öffentlichen Budgets ermöglichen. Der Aufwand für Kriegsbeschädigtenfürsorge, der im Jahre 1952 mehr als 1 Mrd. S betragen hat, wird bis zum Jahre 1980 auf mindestens die Hälfte zurückgehen. Weiters wird, anhaltend niedrige Geburtenziffern vorausgesetzt, die Zahl der Kinder unter 14 Jahren im Jahre 1980 um 16% niedriger sein als im Jahre 1951. Dadurch werden 170 Mill. S Kinderbeihilfen erspart und die Kosten der Schulen, die überwiegend aus allgemeinen Steuermitteln bestritten werden, ermäßigt. Diese Einsparungen zusammen betragen jedoch höchstens 900 Mill. S pro Jahr. Per Saldo ergibt sich somit, daß allein auf Grund der vorausgeschätzten Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 1980 mit einer Mehrbelastung der öffentlichen Budgets von rund 2 Mrd. S pro Jahr zu rechnen ist, die durch zusätzliche Steuern und Sozialabgaben hereingebracht werden müssen.

Tatsächlich dürfte der Mehraufwand erheblich größer sein, da außer der Bevölkerungsentwicklung auch eine Reihe anderer Faktoren auf längere Sicht eine Erhöhung des Sozialaufwandes erwarten lassen.

<sup>1)</sup> Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß eine Reihe von Rentnempfängern (Witwen!) und Pensionisten jünger als 65 Jahre ist. Die oben angegebene Zahl der Renten- und Pensionsempfänger von 865.000 (im Jahre 1952) ist daher größer als die Zahl aller 65jährigen und älteren Leute (733.000 im Jahre 1951). Im allgemeinen überwiegen aber doch die Altersrentner.

So bestehen z. B. Pläne, das System der Kinderbeihilfen auch auf selbständig Erwerbstätige auszudehnen. Da im Jahre 1952 nur für etwa 840.000 Kinder Beihilfen gezahlt wurden, es tatsächlich aber 1,5 Mill. Kinder im vorschulpflichtigen und schulpflichtigen Alter gab, und weiters die 76.000 Jugendlichen über 14 Jahre, die Mittel- und Hochschulen besuchen, zumindest teilweise in den Kreis der Bezugsberechtigten fallen, würde die geplante Ausweitung den Aufwand für Kinderbeihilfen nahezu verdoppeln. Dazu kommt, daß die Renten vermutlich nicht auf die Dauer auf dem gegenwärtigen niedrigen Niveau gehalten werden können und verschiedene andere zusätzliche Ansprüche an die Familien- und Sozialpolitik herangetragen werden. Eine besonders starke Erhöhung würde das Sozialbudget erfahren, wenn die oft diskutierte allgemeine Volkspension verwirklicht würde. Unter diesen Umständen wird die auf längere Sicht ziemlich konstant bleibende Schicht der Erwerbstätigen nur dann vor einer immer stärker werdenden Belastung mit Steuern und Sozialabgaben bewahrt werden können, wenn es dank einer hohen Beschäftigung und wachsender Produktivität gelingt, das Sozialprodukt stetig zu steigern.

Aber nicht nur die Abnahme der jungen und die Zunahme der alten Jahrgänge, sondern auch die Verschiebungen innerhalb der Berufstätigen wirft Probleme auf. Von den 15- bis 64jährigen, also den „im Arbeitsalter Stehenden“, waren im Jahre 1910 27% über 45 Jahre, in den Jahren 1934 und 1951 aber 32% und 39%. Im Jahre 1980 werden die infolge der Kriegsverluste stark geschwächten Jahrgänge in diese Gruppe fallen. Der Prozentsatz der 45- bis 64jährigen wird – unter den früheren Annahmen – wieder auf 35% sinken.

Das höhere Durchschnittsalter der arbeitenden Bevölkerung hemmt nicht in allen Berufen die Leistungsfähigkeit. Dabei ist nicht nur an typisch intellektuelle Tätigkeit und Schreibearbeit zu denken. Auch bei Vorarbeitern in Gießereien und Schmelzereien oder bei Arbeitern in optischen Betrieben spielen Übung und Erfahrung eine größere Rolle als physische Leistung. Die Leistungsfähigkeit bleibt in diesen Berufen viele Jahre unvermindert oder steigt sogar bis ins höhere Alter. Auf vielen anderen Gebieten aber läßt infolge der Intensität des modernen Produktionsprozesses die Leistungsfähigkeit schon in einem frühen Zeitpunkt nach.

So stellten Schumann und Sorer in Untersuchungen in der Stuttgarter Daimler-Motorenfabrik fest, daß mit 35 Jahren der Höhepunkt der Leistungsfähigkeit erreicht ist und daß der 50jährige früher wohlqualifizierte Arbeiter unter die Leistung eines 23jährigen Anfängers herabgedrückt wird. Auch andere Untersuchungen kommen zu

einem ähnlichen Ergebnis. *Bienkowski* fand die maximale Leistungsfähigkeit zwischen dem 22. und 38. Lebensjahr und *Herkner* stellt ein Steigen der Leistungsfähigkeit bis zum 25. Lebensjahr fest; bis zum 35. Lebensjahr folgt eine gleichmäßige Periode, danach sinkt sie rasch ab<sup>1)</sup>.

Die veränderte Altersstruktur hat also zumindest in manchen Berufen die Leistungsfähigkeit vermindert und wird auch in Zukunft die weitere Steigerung der Produktivität verlangsamen.

Man sollte jedoch diese Schwierigkeit nicht als unabänderlich ansehen. Die Abnahme der Leistungsfähigkeit mit höherem Alter ist vielfach nur die Folge einer unökonomischen Arbeitsweise. Die große Arbeitslosigkeit in früheren Jahren verleitete dazu, „verbrauchte“ alte Arbeiter einfach durch junge zu ersetzen und die Kosten der Erhaltung der alten Arbeiter der Gemeinschaft zu überlassen. Hat man jedoch die Produktivität der gesamten Volkswirtschaft im Auge und nicht nur die eines einzelnen Betriebes, dann wird man sowohl ein großes Reservoir junger Arbeitsloser als auch eine übermäßige Arbeitslosigkeit der älteren Jahrgänge zu vermeiden suchen. Der Arbeitseinsatz wird daher auf eine optimale Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft bedacht sein müssen.

„Es bedarf“, wie Professor *Durig* schon vor mehr als 20 Jahren sagte<sup>2)</sup>, „darum die Frage der vorzeitigen Drückung der Arbeitsfähigkeit durch die Eile und Intensität der modernen Betriebsführung eines gründlichen Studiums, ebenso wie die Organisation der Arbeit in solche Bahnen gelenkt werden muß, daß der minder leistungsfähig Gewordene noch verdienen kann. Es fordert dies ein Studium der Arbeitsvorgänge und deren Ausbildung in einer Weise, daß sie den physischen Eigenschaften des älteren Arbeiters angepaßt sind, und fordert, daß die Zuteilung derartiger Arbeit nur an solche ältere Arbeiter erfolgt, die andere Arbeit nicht mehr verrichten können. Das Studium der Maschinen und das Studium der psychischen und physischen Eigenschaften und Eignung der älteren Arbeiter ist eine Aufgabe von ganz besonders großer sozialer und volkswirtschaftlicher Wichtigkeit, durch die heute ganz unrationellen Verhältnisse beseitigt werden müssen.“

Während der Leistungsrückgang infolge Überalterung der Arbeitskräfte durch die allgemein steigende Produktivität voraussichtlich überkompensiert werden wird, dürfte die *Mobilität* der Arbeitskräfte durch die Überalterung auf jeden Fall leiden. Es besteht kaum ein Zweifel, daß mit steigendem Alter die geographische und die berufliche Beweglichkeit, d. h. die Bereitschaft (oder Fähigkeit), den Arbeitsort oder den Beruf zu wechseln, zurückgeht. Dadurch

<sup>1)</sup> Diese Beispiele sind der Arbeit von Professor *Arnold Durig* „Die Ermüdung im praktischen Betrieb“ in „Körper und Arbeit“, S. 603/4 entnommen. Dort sind auch weitere Beispiele sowie Literaturhinweise zu finden.

<sup>2)</sup> a. a. O., S. 606/7.

wird aber die Wirtschaft weniger anpassungsfähig. Friktionelle und strukturelle Arbeitslosigkeit, volkswirtschaftliche Produktivitätsminderungen und Zahlungsbilanzschwierigkeiten können die weitere Folge sein. Die geringere Mobilität der Arbeitskräfte — gegenwärtig wird sie allerdings durch den Zustrom der starken Geburtenjahrgänge von 1939 bis 1941 für einige Zeit gemildert — wiegt um so schwerer, als sie bei stationärer oder fallender Bevölkerung höher sein muß als bei wachsender Bevölkerung. Denn in einer Wirtschaft mit stationärer Bevölkerung, wie heute, erfordert jede stärkere Verschiebung in der Wirtschaftsstruktur eine Verschiebung von Arbeitskräften von den schrumpfenden zu den wachsenden Wirtschaftszweigen. Solange die Bevölkerung rasch wuchs, nahm vielfach der Wirtschaftszweig, der *relativ* an Bedeutung verlor, einfach weniger *neue* Arbeitskräfte auf.

Aber diese Schwierigkeiten, die sich aus der geänderten Altersstruktur für die Beweglichkeit der Arbeitskräfte ergeben, können gemildert werden. Man kann dabei an vielerlei denken: die Jugend kann vielseitiger geschult werden, so daß sie später befähigt ist, den Beruf leichter zu wechseln; das Um- und Nachschulungswesen für Erwachsene kann ausgedehnt, die lokalen Wohnbauprogramme können mit den Bedürfnissen der Wirtschaft in Einklang gebracht, der Wohnungswechsel erleichtert werden usw. Die Mobilität der Arbeitskräfte spielt naturgemäß eine geringe Rolle, wenn allgemein eine größere Arbeitslosigkeit besteht und sich um jeden freien Arbeitsplatz ohnehin genügend geschulte und erfahrene Kräfte bewerben.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Altersstruktur müssen schließlich auch die *Nachfrageverschiebungen*, die sich aus der Veränderung der Altersstruktur ergeben, bedacht werden. Dieses Problem wurde gelegentlich mit folgenden Worten charakterisiert: mit zunehmender Überalterung werden weniger Kinderwagen, dafür aber mehr Wärmeflaschen und Rollstühle nachgefragt. Würde sich die Nachfrage nur von einer Ware zur anderen verschieben, ergäbe sich kein besonderes wirtschaftliches Problem. Unter dem Einfluß der Mode und des technischen Fortschrittes ändert sich die Nachfrage oft in viel kürzerer Zeit und viel intensiver. Die langsamen Verschiebungen, die sich aus der Änderung der Altersstruktur ergeben, würden daher kaum ins Gewicht fallen.

Die Veränderung des Altersaufbaues hat jedoch für die Nachfrage viel weiterreichende Folgen. Solange die Großfamilie vorherrschte — also die gesamte Bevölkerungspyramide auf einer breiten Grundlage

stand — war die Nachfrage im wesentlichen auf Waren für den Haushalt konzentriert. Bekleidung und Ernährung der Familie, die Ausstattung neuer Haushalte für die immer zahlreicher werdende Generation bildeten die Grundlage einer regelmäßigen und stabilen Nachfrage. Mit der Verkleinerung der Familie und dem Anwachsen kinderloser Haushalte verringert sich der Bereich dieser „naturegebenen“, auf den Haushalt konzentrierten Ausgaben (auch unter Berücksichtigung der für die ältere Generation zu leistenden privaten und öffentlichen Unterhaltsbeiträge) und die Nachfrage wendet sich anderen Industrien und Diensten zu, deren Produkte und Leistungen nicht unbedingt lebenswichtig sind und daher weniger konstant nachgefragt werden.

Dieser langfristige Trend der Nachfrage läßt sich freilich nur schwer nachweisen. Die statistischen Unterlagen für das Jahr 1910 sind nicht auf das heutige Bundesgebiet abgestellt und ermöglichen auch nur eine grobe branchenmäßige Aufgliederung. Man müßte auch verschiedene andere Einflüsse berücksichtigen, wie Änderungen in der Produktionstechnik und des Lebensstandards sowie die jeweilige Konjunkturlage, die zusammen die Nachfrage sicher viel nachhaltiger beeinflusst haben als die Änderung der Altersstruktur. Trotzdem soll hier versucht werden, die Nachfrageänderungen auch unter diesem Gesichtspunkte zu beleuchten. Es kann zumindest global festgestellt werden, daß sich die Wirtschaftszweige, die für die haushaltsorientierte Nachfrage typisch sind, wie die Bekleidungsindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Holzverarbeitende Industrie (Möbel), Leder- und Lederverarbeitende Industrie, und andererseits die Wirtschaftszweige, die für die Nachfrage der Kleinfamilien eine besondere Rolle spielen, wie Verkehr, Erziehung, Kunst und Unterhaltung, Körperpflege und Reinigung in den vergangenen Jahrzehnten ungleichmäßig entwickelt haben. Natürlich war auch die Entwicklung innerhalb der beiden Gruppen — wie bei einer derartig groben Auswahl nicht anders zu erwarten ist —, nicht einheitlich. Aber es ist doch bemerkenswert, daß die Zahl der Berufstätigen von 1910 bis 1951 in der ersten Gruppe um 84.000 *zurückging*, in der zweiten Gruppe aber um 28.000 *stieg*. (Die Zahl der nichtlandwirtschaftlichen Berufstätigen war zu beiden Zeitpunkten ungefähr gleich hoch.) In Prozenten der nicht landwirtschaftlichen Berufstätigen sank der Anteil der ersten Gruppe von 21·7% im Jahre 1910 auf 16·9% im Jahre 1951 und stieg in der zweiten Gruppe von 11·6% auf 13·1%. Für den trendmäßigen Charakter spricht auch der Umstand, daß das Jahr 1934 in beiden Fällen zwischen 1910 und 1951 zu liegen kommt.

## Übersicht 14

## Die Berufstätigen in einigen ausgewählten Wirtschaftszweigen

(Ohne Steiermark, Tirol und Burgenland)

Wirtschaftszweig	1910		1934		1951	
	1.000 Personen	in % der Berufstätigen ohne Landw.	1.000 Personen	in % der Berufstätigen ohne Landw.	1.000 Personen	in % der Berufstätigen ohne Landw.
<b>I.</b>						
Bekleidung .....	187'2	10'6	153'3	8'6	109'5	6'2
Nahrungsmittel ....	86'7	4'9	108'8	6'1	90'5	5'1
Holzbearbeitung ....	93'6	5'3	77'3	4'4	86'2	4'9
Leder .....	15'4	0'9	13'9	0'8	12'6	0'7
Summe I. ....	382'9	21'7	353'3	19'9	298'8	16'9
<b>II.</b>						
Verkehr .....	127'6	7'2	119'2	6'7	137'1	7'7
Kunst, Unterhaltung	43'7	2'5	63'2	3'6	66'0	3'7
Körperpflege, usw. ....	33'9	1'9	35'6	2'0	29'6	1'7
Summe II. ....	205'2	11'6	218'0	12'3	232'7	13'1

Die Bedeutung dieser Nachfrageverschiebungen soll gewiß nicht überschätzt werden. Aber es ist doch nicht zu übersehen, daß mit zunehmender Überalterung der Bevölkerung die Nachfrage vielfältiger wird und rascher wechselt. Die reibungslose Befriedigung dieser ungleichmäßigen und nicht leicht vorhersehbaren Nachfrage stellt nicht nur an Produzenten und Händler, sondern auch an die Beweglichkeit der Produktionsfaktoren erhöhte Anforderungen. Gerade diese Mobilität aber wird, zumindest bei den Arbeitskräften, durch die Überalterung eher vermindert. Das Phänomen der Überalterung wirft somit zwei Probleme auf (raschere Veränderung der Nachfrage und gleichzeitig geringere Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte), die immer schwieriger lösbar werden, wenn es nicht gelingt, ausgleichende Maßnahmen zu treffen.

## Probleme einer stationären Bevölkerung

Zwischen 1890 und 1910 wuchs die österreichische Bevölkerung (auf dem heutigen Staatsgebiet) um 22'7%, d. i. im Jahresdurchschnitt um 1'14%. Zwischen 1910 und 1920 ging die Bevölkerung kriegsbedingt zurück, stieg aber zwischen 1920 und 1934 wieder um 5'2% oder 0'37% im Jahresdurchschnitt. In den sehr bewegten Jahren von 1934 bis 1951, in denen die Bevölkerungsbewegung durch schwerste Kriegsverluste, sprunghafte Änderungen der Geburtenhäufigkeit und umfangreiche Zu- und Abwanderungen beeinflusst wurde, nahm die Bevölkerung um 2'6% oder 0'15% im Jahresdurchschnitt zu. Unter der Annahme des Fortbestandes der demographischen Verhältnisse des Jahres 1951 und ohne Wanderungsbewegung würde die Bevölkerung bis zum Jahre 1960 nur noch um 0'07% im Jahresdurchschnitt wachsen und dann bis

1980 bereits um 3% (0'15% im Jahresdurchschnitt) abnehmen (siehe Übersicht 1).

Die Bevölkerungsentwicklung in unseren Tagen ist also grundverschieden von jener in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Bis dahin hatte die Bevölkerung rasch zugenommen, nach 1918 war der Bevölkerungszuwachs immer kleiner geworden, und gegenwärtig ist praktisch schon ein Stillstand eingetreten. In verhältnismäßig wenigen Jahren wird dieser stationäre Zustand bereits von einem Schrumpfen des Volkskörpers abgelöst werden. Nur eine grundlegende Wandlung in der Lebensauffassung oder große Wanderungsbewegungen oder ein neuer Krieg könnten diese Entwicklung plötzlich ändern, umkehren oder noch verstärken. Welche wirtschaftliche Folgen ergeben sich nun aus der veränderten Bevölkerungsentwicklung, aus dem Übergang von Wachstum zu Stillstand und Schrumpfen?

Zunächst scheinen die günstigen Auswirkungen zu überwiegen. Sobald eine Bevölkerung zu wachsen aufhört, wird es überflüssig, die Kapitalbasis (im weitesten Sinne des Wortes: Gebäude, Produktionsgüter, dauerhafte Konsumgüter usw.) zu verbreitern. Mit Hilfe der freiwerdenden Produktivkräfte kann die vorhandene Kapitalausstattung verbessert, die Produktivität gesteigert und der Lebenskomfort gehoben werden. Umgekehrt erfordert eine wachsende Bevölkerung eine stetige Erweiterung des bestehenden Realkapitals, laufend neue Häuser und Maschinen, neue Schulen und Verkehrsmittel, um nur die Kapitalausstattung pro Kopf und damit die Produktivität der Arbeit und den erreichten Lebensstandard zu halten.

Der Kapitalbedarf wächst oder sinkt allerdings nicht immer proportional mit der Entwicklung der Bevölkerung. So z. B. steigt der Bedarf an Wohnungen — auch wenn man von den Kriegszerstörungen und der Überalterung des Häuserbestandes absieht — zunächst auch trotz gleichbleibender Bevölkerungsgröße, da die Zahl der Haushaltungen einige Zeit noch zunimmt. Allmählich kommt aber auch diese Entwicklung zum Stillstand. Arbeitskräfte und Materialien werden dann nicht mehr für zusätzliche Häuser benötigt, sondern können für den Bau schönerer und besser ausgestatteter Wohnungen oder für andere Zwecke eingesetzt werden. Ähnliches gilt für Schulen und Spitäler, Fabriken und Maschinen.

Eine ungefähre Vorstellung vom abnehmenden Kapitalbedarf liefert folgende Überlegung: Das Volkvermögen (ohne Grundbesitz) Österreichs (in seiner heutigen Größe) vor dem ersten Weltkrieg kann auf

15 bis 20 Mrd. Kronen geschätzt werden<sup>4)</sup>. Das sind ungefähr 190 bis 250 Mrd. S (heutiger Wert). Vor 1914 war die Bevölkerung jährlich um durchschnittlich 1·14% gewachsen. Das heißt, zur bloßen Erhaltung des Volksvermögensstandes *pro Kopf der Bevölkerung* waren Investitionen und Anschaffungen in Höhe von 2·2 bis 2·8 Mrd. S (heutiger Wert) nötig, ein Betrag, der heute infolge der stagnierenden Bevölkerung im großen und ganzen erspart, bzw. anderweitig verwendet werden kann. Dieser Wert entspricht ungefähr 25% der Nettoinvestitionen des Jahres 1952.

Bei den obigen Überlegungen wurde nur vom Kapital ausgegangen, also vom „produzierten“ Volksvermögen. Ein wichtiger Bestandteil des Volksvermögens, Grund und Boden, wurde bei der Berechnung außer acht gelassen, da er nicht beliebig vermehrbar ist und daher wachsenden Bevölkerungszahlen nicht angepaßt werden kann. Wiewohl die Ergiebigkeit der Böden und die Leistungsfähigkeit der Tiere durch verschiedene produktivitätsfördernde Maßnahmen besonders in Österreich noch erheblich gesteigert werden kann, setzt die schmale landwirtschaftliche Grundlage unseres Landes der Eigenversorgung doch bestimmte Grenzen. Der wachsende Nahrungsmittelbedarf einer ständig zunehmenden Bevölkerung würde daher unvermeidlich auch größere Importe erfordern. Ihre Bezahlung durch größere Exporte erfordert erhöhte Anstrengungen. Die Wende in der Bevölkerungsentwicklung bedeutet auch in dieser Hinsicht einen Vorteil, indem sie die Zahlungsbilanz entspannt.

Auf der anderen Seite entstehen durch eine stagnierende oder gar schrumpfende Bevölkerung neue Probleme. Es können Gefahren und Schwierigkeiten eintreten, die die erwähnten Vorteile einer rückläufigen Bevölkerungsbewegung illusorisch machen.

Die starke Bevölkerungszunahme vor dem ersten Weltkrieg bedeutete nicht nur in mancher Hinsicht eine Belastung, sondern verlieh auch der Wirtschaft, in Verbindung mit den revolutionierenden Leistungen der Technik, einen expansiven Charakter. Die Nachfrage nach allen wichtigen Erzeugnissen wuchs von Jahr zu Jahr. Wohl gab es auch damals schon Krisen und Depressionen, aber die Notwendigkeit, mehr Menschen zu versorgen, erleichterte immer wieder einen neuen Aufschwung. Die ständige Expansion des Marktes und des Bedarfes wirkte sich kurzfristig sicher nur geringfügig aus, schuf aber doch für die

Investitionsbereitschaft ein günstiges Klima. Mit dem Wegfall dieser Auftriebskräfte wird der Anreiz zu Investitionen geringer, Ausmaß und Richtung der Investitionen werden ungewisser, die Risiken größer. Wahrscheinlich hat auch die Stagnation der Bevölkerungsentwicklung beigetragen, Dauer und Heftigkeit der Krise in den Dreißigerjahren zu verschärfen, und wahrscheinlich wird dieser Faktor wieder stärker wirksam werden, sobald die internationale Rüstungsaktivität abklingen wird. Da die gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung zweifellos Stagnationselemente enthält, sollte die Wirtschaftspolitik um so zielbewußter auf ein hohes Investitionsvolumen hinarbeiten, damit nicht durch erhöhte Arbeitslosigkeit die Vorteile verlorengehen, die sich aus dem Bevölkerungsstillstand ableiten lassen.

Neben der Gefahr einer allgemeinen Investitionszurückhaltung und einer geringeren Nachfrage nach Arbeitskräften ergeben sich auch wachsende Umschichtungsschwierigkeiten, worauf bereits im Zusammenhang mit der Änderung der Altersstruktur hingewiesen wurde (siehe S. 12). Natürlich gibt es auch in einer expansiven Wirtschaft Umschichtungsprobleme. Aber sie können viel leichter gelöst werden als in einer stagnierenden Wirtschaft, weil einzelne Industriezweige rascher als andere wachsen<sup>2)</sup>. In einer stagnierenden Wirtschaft dagegen zieht jede Ausdehnung eines Industriezweiges den *absoluten* Rückgang eines anderen nach sich. Die Folgen können erhöhte friktionelle und strukturelle Arbeitslosigkeit sein.

Die vorliegende Untersuchung behandelte nur die *wirtschaftlichen* Aspekte der Bevölkerungsentwicklung in den *nächsten* Jahrzehnten. Es kann hier nur am Rande darauf hingewiesen werden, daß nach 1980 die Zahl der Frauen in den fruchtbaren Jahrgängen (15 bis 45 Jahre) rapid sinken und die österreichische Bevölkerung daher rasch abnehmen wird, wenn die gegenwärtige Tendenz der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit anhält und keine entsprechende Zahl von Menschen zuwandert.

<sup>2)</sup> Ein Beispiel aus dem Konjunkturablauf der letzten Jahre soll diesen Zusammenhang beleuchten: Die Arbeiterkammer Wien erhebt regelmäßig den Beschäftigtenstand in 1.678 Betrieben in Industrie und Gewerbe. Zwischen Juni 1948 und Juni 1951 fiel nun der Anteil der im Baugewerbe Beschäftigten innerhalb dieser Gruppe von 4·3% auf 3·6%, da die Erholung der in der Nachkriegszeit zerstörten oder ohne Rohstoffe dastehenden Industrien eine *relative* Einschränkung des Baugewerbes bedingte. Da aber diese Einschränkung in eine Periode einer raschen Beschäftigungsausweitung fiel, bewirkte sie keinen *absoluten* Rückgang der Bauarbeiterbeschäftigung. Diese stieg vielmehr zwischen Juni 1948 und 1951 um ½%.

<sup>4)</sup> Dieser Wert wurde auf Grund verschiedener Überlegungen von der Volksvermögensschätzung abgeleitet, die *Fellner* für die österreichisch-ungarische Monarchie für das Jahr 1910 durchführte. Siehe *F. Fellner*, „Das Volksvermögen Österreichs und Ungarns“, Bulletin de l'Institut International de Statistique, BD. XX, 2.

Der unserem Lande drohende Bevölkerungsrückgang kann nicht ausschließlich, wahrscheinlich nicht einmal vorwiegend, vom Wirtschaftlichen her beurteilt werden. In dieser Hinsicht mag er sich nur graduell von einer stationären Entwicklung unterscheiden, die verschiedenen Probleme würden nur in verschärfter Form in Erscheinung treten. Neben den rein wirtschaftlichen Aspekten aber wirft ein rapider Bevölkerungsrückgang auch weittragende nationale, politische, soziologische und psychologische Probleme auf.

Wie bereits erwähnt wurde, leiden Voraussagen über längere Zeiträume notwendigerweise daran, daß es unmöglich ist, Veränderungen im grundlegenden Verhalten der Bevölkerung (Heirats- und Geburtenfreudigkeit) vorherzusagen. Es wäre wohl verfrüht, eine rasche Bevölkerungsabnahme gegen Ende dieses Jahrhunderts als ein unabwendbares Ereignis zu betrachten. Andererseits muß man sich darüber klar sein, daß eine Bevölkerungsabnahme, wenn sie einmal begonnen hat, nicht plötzlich aufgehalten werden

kann. Die niedrigen Geburtenzahlen in unseren Tagen führen unabänderlich zu einer Verminderung der Zahl der Mütter, so daß selbst bei einer steigenden Geburtenfreudigkeit in den Achtzigerjahren die absolute Zahl der Geburten rasch abnehmen wird. Die Tatsache, daß Geburtenzahl und Bevölkerungsgröße in Österreich lange Zeit zugenommen haben, obwohl die Geburtenhäufigkeit bereits weit unter das zur Erhaltung des Volkes notwendige Niveau gesunken war, darf uns nicht über den Ernst der Lage täuschen. Die sinkende Geburtenzahl pro Mutter wurde zunächst durch die wachsende Zahl der Mütter, die in früheren Zeiten geboren wurden, mehr als wettgemacht. Diese Reserve ist heute jedoch erschöpft. Wir zehren bereits von der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Substanz. Das Bevölkerungsschicksal unseres Landes um die kommende Jahrhundertwende ist daher nicht eine Angelegenheit der ferneren Zukunft, sondern wird in den nächsten zwei Jahrzehnten entschieden.